

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB

Claudia Tausend, MdB

Für UNS in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser!

**Das Jahr 2014 neigt sich dem Ende und damit auch ein Jahr Regierungs-
beteiligung in Berlin. Politisch war einiges geboten.** Zentrale Punkte aus Sicht der SPD auf Bundesebene sind die Einführung der Rente mit 63, des gesetzlichen Mindestlohns, der Frauenquote, die Abschaffung der Optionspflicht für Jugendliche (Doppelpass) sowie eine umfassende EEG-Reform. Wir freuen uns 2015 wieder anpacken zu können. Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen Euch Claudia Tausend und Florian Post.

Von Kohleausstieg war nie die Rede – Atomausstieg bleibt das Ziel! Industriepolitischer Unsinn mit SPD und DGB nicht zu machen

Der Atomausstieg ist längst beschlossene Sache, eine unumkehrbare politische Entscheidung, die vom allergrößten Teil der Gesellschaft unterstützt wird. Gleichzeitig eine der größten Herausforderungen für den gesamten Energiemarkt, der vor enormen Umbrüchen steht oder diese bereits vollzogen hat. Darauf muss auch die Politik reagieren – wir haben bereits seit Jahren unsere Energiepolitik an dem Zieldreieck bezahlbar, versorgungssicher und sauber ausgerichtet. Drei Ziele, die gleichberechtigt existieren, oft aber gegensätzliche Maßnahmen erfordern. Jede Entscheidung muss deswegen gut überlegt nach diesen drei Vorgaben abgewogen werden. Im Übrigen ist schon alleine das Wort „Kohleausstieg“ befremdlich. Ziel ist es, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre

2020 EU-weit um 30% zu senken. Alleine dieses Ziel ist verbindlich. Deutschland hat sich aber als große Industrienation das Ziel gesetzt, eine 40%ige Senkung auf nationaler Ebene zu erreichen. Bei einer geschätzten Zielerreichung von bis zu 36% sind wir hier gut im Plan. Das sollten sich all jene ins Gedächtnis rufen, die nach einem schnellen „Kohleausstieg“ verlangen. Anscheinend sind einige derer hauptsächlich auf der Suche nach einem neuen und öffentlichkeitswirksamen Kernthema. Es ist unbestreitbar, dass die Kohleverstromung dem Ziel einer sauberen Energieversorgung entgegenspricht. Aber ohne Kohle wäre die Versorgungssicherheit gefährdet. Auch immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt nicht grundlastfähige Kraftwerke, auch alle zur

Verfügung stehenden Speichertechnologien oder Laststeuerung, sogenanntes Demand-Side-Management, ersetzen diese längst nicht vollumfänglich.

Ohne Kohle wäre auch die Bezahlbarkeit in Frage gestellt. Dass die Verstromung von Kohle überhaupt in dem Maße erfolgt wie derzeit, liegt daran, dass dies besonders wirtschaftlich ist. Es ist klar, dass andere Technologien, die auch oder sogar besser die Schwankungen der erneuerbaren Energien ausgleichen könnten, wie z.B. hocheffiziente Gaskraftwerke, zu bevorzugen wären. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das den Verbraucher, privaten Haushalt wie Unternehmen, mehr Geld kostet. Darauf muss unbedingt Rücksicht genommen werden. Deshalb versuchen wir in einem

– Fortsetzung von Seite 1 –

Grün- und Weißbuchprozess den Strommarkt derart zu reformieren, dass solche Technologien wieder eine Chance haben, ohne die Verbraucher über Gebühr zu belasten.

Nicht zuletzt hängen bis zu 70 000 Arbeitsplätze von der Kohleindustrie ab, das muss ebenso Berücksichtigung finden.

So weist auch der DGB die Forderung nach einem schnellen „Kohleausstieg“ zurück. Bei allen Maßnahmen, die wir ergreifen, um unsere Energieerzeugung langfristig sauber, bezahlbar und sicher zu machen, sollten

wir sämtliche Folgewirkungen im Blick behalten. **Die Forderung nach Schnellschüssen, die hauptsächlich eigener Profilierung dienen, ist nicht zielführend.** Noch viel schlimmer wiegt aber: durch derartige Forderungen wird der Atomausstieg riskiert, da kein Politiker irgendwelche AKWs vom Netz nehmen wird, wenn daraufhin „die Lichter ausgehen“. Wir Sozialdemokraten waren die Treiber hin zum Atomausstieg und haben dieses Ziel lange vor anderen politischen Mitbewerbern verfolgt. So verabschiedete die Regierung unter

Gerhard Schröder auch das erste Erneuerbare-Energien-Gesetz. Weil der Atomausstieg nun von allen im Bundestag vertretenen Parteien akzeptiert wird, sollten wir Sozialdemokraten uns mit diesem Etappenerfolg identifizieren und nicht durch Grundsatzdebatten und Phraseologie im Gewande des Kampfbegriffs „Kohleausstieg“ uns selbst ins Knie schießen. **Es geht nun alleine um das Gelingen der Abkehr von der Kernenergie und der CO₂-Reduktionsziele. Ist dies erreicht, können wir gerne die nächste Baustelle aufmachen.**

Den deutschen Meisterbrief schützen – Handwerksberufe stärken

SPD & CDU/CSU haben die Bundesregierung mit einem Antrag aufgefordert, sich im Rahmen der Beratungen der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission für den Erhalt des deutschen Meisterbriefs einzusetzen und das bestehende System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe zu stärken. Die europäische Kommission möchte innerhalb der Europäischen

Union Transparenz herstellen über die bestehenden Reglementierungen der Mitgliedstaaten. Jedoch sieht die EU-Kommission in der hohen Zahl von reglementierten Berufen in den Mitgliedstaaten eine Barriere für den Binnenmarkt und tendiert zu der Einschätzung, dass qualifikationsbezogene Zugangsbeschränkungen wirtschaftshemmend wirken, deren Abbau im Umkehrschluss aber mehr

Wachstum und Beschäftigung auslösten. Wir sind davon überzeugt: Der deutsche Meisterbrief hat eine besondere Bedeutung für die Qualifizierung junger Menschen im Rahmen des dualen Ausbildungssystems und für die erfolgreiche Unternehmerqualifizierung. Die Frage der Reglementierung von Berufen müsse weiterhin eine autonome Entscheidung der Mitgliedstaaten bleiben.

Steuerhinterziehung konsequent verfolgen

Dem Gesetzentwurf zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung hat der Bundestag Anfang Dezember in 2./3. Lesung zugestimmt. Mit dem Gesetz sollen die Voraussetzungen und finanziellen Konsequenzen einer strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung verschärft werden. Wer sich vor Entdeckung selbst anzeigt, bleibt

künftig nur noch bei Beträgen von bis zu 25.000 Euro pro Tat straffrei (bisher: 50.000 Euro). Um bei größeren Hinterziehungen der Strafverfolgung zu entgehen, ist wie bisher ein zusätzlicher Geldbetrag zu zahlen. Der wird deutlich angehoben und nach der Höhe des Hinterziehungsbetrages gestaffelt. Die Zahlung der Hinterziehungszinsen ist zwingende Voraussetzung für eine

wirksame strafbefreiende Selbstanzeige. Außerdem sollen bestimmte nicht erklärte ausländische Kapitalerträge für noch weiter zurückliegende Zeiträume als bisher besteuert werden können. Die Verschärfungen der Regelungen für eine strafbefreiende Selbstanzeige folgen der Linie der Eckpunkte, die die Finanzministerkonferenz der Länder am 9. Mai 2014 beschlossen hatte.

Aus dem Wahlkreis



Glückliche Vorsitzende: Claudia Tausend freut sich auf die neue Aufgabe. Mit 89% wurde sie zur Vorsitzenden der Münchner SPD gewählt.

Claudia Tausend zur Vorsitzenden der Münchner SPD gewählt

Auf dem Jahresparteitag der Münchner SPD am 22. November 2014 wurde Claudia Tausend zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie erhielt 97 von 109 Stimmen (89 Prozent).

Ihre Stellvertreter sind: Florian von Brunn, Heide Rieke, Isabell Zacharias und Roland Fischer.

In ihrer Bewerbungsrede legte sie den politischen Schwerpunkt auf die Gestaltung des Wachstums von München. Wichtig ist ihr das Wachstum der Stadt in einem Dreiklang aus wirtschaftlicher Attraktivität, sozialem Ausgleich und ökologischer Nachhaltigkeit zu gestalten. Die SPD habe hier den Anspruch, als Volkspartei die Stadtgesellschaft in ihrer Vielfalt abzubilden und die unterschiedlichen Lebenswelten zusammenzubinden.

Bezahlbare Energie – Eine Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze!

Im Dezember war Florian Post zu Besuch bei der Audi AG in Ingolstadt, wo er zusammen mit Vorständen und Betriebsräten über Kraftstoffe der neuesten Generation und Möglichkeiten der alternativen und bezahlbaren Energiegewinnung diskutierte. Bei innovativen Kraftstoffen kann sogar CO₂ als Rohstoff dienen, was bedeutet dass Kraftstoff aus einem Abfallprodukt gewonnen werden kann. Florian Post wies darauf hin, dass nur ein vernetztes Denken im Bereich der Energiewende sowohl die Umwelt schützen als auch Arbeitsplätze sichern wird.



Gemeinsam für Innovation bei der Energiegewinnung: v.l.n.r.: Florian Post, Raimund Wunder, Dr. Dagobert Achatz und Reiner Mangold.



Florian Post zusammen mit dem Betriebsrat Johann Fink (IG Metall) und Ralf Mattes (Referent für Internationales).

Situation von asylsuchenden und geduldeten Ausländern verbessern

Die Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern soll verbessert werden. Dies wurde mit dem Gesetz zur „Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern“ umgesetzt. Dazu gehört die Aufhebung der so genannten Residenzpflicht (eine Auflage für in Deutschland lebende Asylbewerber und Geduldete. Sie verpflichtet die Betroffenen, sich nur in dem von der zuständigen

Behörde festgelegten Bereich aufzuhalten). Nun besteht künftig ab dem dritten Monat keine räumliche Beschränkung für Geduldete und Asylbewerber mehr.

Die Wohnsitzauflage soll dabei bestehen bleiben, um eine gerechte Verteilung der Kosten zwischen Ländern sowie Kommunen zu gewährleisten. Das entspricht der Beschlusslage der SPD-Fraktion aus der vergangenen Wahlperiode.

Ausnahmen gelten bei rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilungen, Verdacht auf Drogendelikte und konkret bevorstehenden Abschiebungsmaßnahmen. Zudem sollen im Asylbewerberleistungsgesetz künftig Geldleistungen gegenüber Sachleistungen vorrangig sein. Auch das entspricht SPD-Forderungen. Der Bundestag hat dem Gesetzentwurf Anfang Dezember in 2./3. Lesung zugestimmt.

Trinkwasser schützen – Keine Gefahr durch Fracking zulassen

Ende November hat das Bundeskabinett über einen Gesetzentwurf zum sogenannten Fracking abgestimmt. Darin werden weltweit die strengsten Anforderungen an diese Technologie formuliert. Grundsätzlich muss bei der Regulierung von „Fracking“ zwischen dem konventionellen und unkonventionellen Fracking unterschieden werden. Das konventionelle Fracking wird bereits seit den 60er Jahren in Deutschland angewandt, nicht nur bei der Erdgasförderung, sondern z.B. auch bei der Trinkwassergewinnung oder der Geothermie, einer regenerativen Methode der Energieerzeugung. Ein komplettes Fracking-Verbot würde diese Art von Fracking ebenso treffen und ist deshalb nicht zielführend. Beim unkonventionellen Fracking werden zur Gasförderung aus Schiefer- und Kohleflözgestein Chemikalien eingesetzt. Eine Technologie, die in den USA und Kanada in großem Stil eingesetzt wird, die aber erhebliche Gefahren birgt und längst nicht abschließend erforscht ist. Vor allem

die Gefahren einer Verunreinigung unseres Trinkwassers stehen im Vordergrund. Gerade in München, wo



das Trinkwasser von besonders hoher Qualität ist, wollen wir keine Risiken einer Verschmutzung durch eine unausgereifte Fördermethode. Diesen

Ängsten und Gefahren wird mit dem Gesetzentwurf Rechnung getragen. So wird darin Fracking oberhalb von 3000 Metern Tiefe generell verboten. In sensiblen Gebieten wie Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie an Seen und Talsperren zur Trinkwassergewinnung, Nationalparks und in Naturschutzgebieten soll Fracking umfassend verboten werden.

Nur in seltenen Ausnahmen können wissenschaftliche Probebohrungen für die Forschung erlaubt werden. Dazu müssen die zuständigen Bergbau- und Wasserschutzbehörden der Länder zustimmen und das auch nur, wenn keine wassergefährdenden Frackflüssigkeiten eingesetzt werden. Es gibt keinen Grund, diesen Gesetzentwurf als „Fracking-Ermöglichungsgesetz“ zu bezeichnen, wie das teilweise geschehen ist. **Der Trinkwasserschutz hat oberste Priorität – wir werden auch im kommenden parlamentarischen Verfahren darauf achten, dass dieser nicht gefährdet wird.**

Aus dem Wahlkreis



Bericht aus Berlin: Bei der Bundeswahlkreis Konferenz im Münchner Osten hat Claudia Tausend über ihr erstes Jahr in der Bundespolitik berichtet.



Bei der **Ehrung vieler Ehrenamtlicher im VdK Freimann** – auch Frau Waltraud Bleikert wurde für 520 Stunden bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt herzlich gedankt.



Weihnachtsmarkt: Traditionsreiche Weihnachtsmärkte im Wahlkreis erfreuen nicht nur Vierbeiner "Lotti".



Claudia Tausend mit ihrer **Besucherguppe** im November 2014 im Bundestag.



Praktikum im Bundestag: Sarah aus München hat in den letzten Monaten das Berliner Büro von Claudia Tausend als Praktikantin unterstützt.

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im
Europaausschuss



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.